

Menschenwürdige Einwanderungspolitik – Beseitigung der weltweiten Armut

Europa steht unter einem starken Einwanderungsdruck. Die Armen dieser Welt fliehen vor Hunger, Tod, Vertreibung und Umweltzerstörung. Die Europäische Union verfügt über kein menschenwürdiges Konzept zur Einwanderung.

Europa muss Vorbild einer sozialen und gerechten Globalisierung werden. Vorrangiges Ziel ist das Abbau der Armut.

- Die EU muss eine einheitliche Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik konzipieren, die dem Maßstab der Menschenwürde gerecht wird.
- Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten können im Kontext der internationalen Weltgemeinschaft die Ursachen für Flucht und Vertreibung weltweit wirksam bekämpfen. Der Kampf gegen die Armut steht hier an erster Stelle. Deutschland muss endlich das Ziel erreichen, für die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes bereitzustellen
- Zur Identität Europas als Wertegemeinschaft gehören unverzichtbar die christlichen Wurzeln, die konkrete Auswirkungen im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Handeln in Europa und Europas Handeln in der „Einen Welt“ haben müssen.

Sicherung des erwerbsarbeitsfreien Sonntags

Der Mensch braucht Phasen der Ruhe und Muße, er ist mehr als nur Produzent und Konsument. Zu dieser individuellen kommt die gesellschaftliche Dimension gemeinschaftlich erfahrener Ruhezeiten, die nicht nur dem Einzelnen, sondern auch der Gemeinschaft dienen. In der gemeinschaftlichen Auseinandersetzung findet der Mensch Antworten auf seine Sinn- und Wertefragen und er erfährt so eine Lebensorientierung.

- Die KAB tritt ein für einen Europa weiten arbeitsfreien Sonntag, der gesetzlich verankert ist.

KAB Aachen lebt Europa

Die KAB Aachen lebt im Dreiländereck mit den Niederlanden und Belgien. Darum bemüht sich die KAB vermehrt um Kontakte zu den Nachbarländern, um in einen Austausch über die soziale Gestaltung Europas zu kommen.

Die 20jährige Partnerschaft mit der LOC Portugal wird weitergeführt und wo möglich intensiviert. Das gemeinsame Projekt auf den Kapverden und die Partnerschaft mit der Iray Aina auf Madagaskar macht die Verantwortung Europas für die weltweite Gerechtigkeit deutlich.

Die Begegnung mit den LOC-Gruppen in der Diözese lassen uns Fremde zu Freunden werden und gemeinsam für eine soziale Gestaltung Europas kämpfen.



Europa sozial gestalten



Europa sozial gestalten

Positionen der KAB des Diözesanverbandes Aachen

Was vor fünfzig Jahren undenkbar schien, ist heute weitgehend Realität: Europa ist ein Kontinent des Friedens, ein Ort des konstruktiven Umgangs zwischen ehemals verfeindeten Staaten.

Europa ist aber gleichzeitig ein gespaltener Kontinent. Dies wird vor allem belegt durch die in Europa herrschende Massenarbeitslosigkeit und Armut

Daher sieht die KAB-AC dringenden Handlungsbedarf für ein soziales und gerechtes Europa und setzt sich für ein Europäisches Sozialmodell auf der Grundlage der Europäischen

soziale Gerechtigkeit jetzt

Erwerbsarbeit für alle - Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit

Ein soziales und gerechtes Europa verlangt wirksame Schritte zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit:

- Die Massenarbeitslosigkeit kann durch Arbeitszeitverkürzungen wirksam abgebaut werden. Als weitreichendes und langfristiges Ziel verfolgt die KAB weiterhin die schrittweise Einführung der 30-Stunden-Woche in Europa.
- Um der Ausgrenzung der Jugendlichen durch Arbeitslosigkeit zu begegnen, fordert die KAB ein Recht auf eine qualifizierte Erstausbildung für alle Jugendlichen in allen Ländern Europas.
- Die KAB setzt sich für einen dauerhaft öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ein, der sinnvolle Arbeit für diejenigen ermöglicht, die im sogenannten ersten Arbeitsmarkt auf Dauer keine Beschäftigung mehr finden.

Gerechte Steuerpolitik als Grundlage für eine soziale Gestaltung Europas

Steuersenkungen führen zu Ausfällen von Einnahmen der öffentlichen Hand. Gespart wird bei Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, im öffentlichen Nahverkehr und im Kulturbereich. Hinzu kommt, dass aufgrund der Steuerausfälle öffentliche Güter zunehmend privatisiert werden.

Kapital und Gewinne werden tendenziell immer niedriger besteuert, Arbeit und Konsum immer höher. Die neoliberale Steuerpolitik in Europa betreibt seit vielen Jahren eine massive Umverteilung von unten nach oben.

Die KAB verlangt wirksame Schritte zu einer gerechteren Steuerpolitik, damit Europa sozial gestaltet werden kann:

- Steueroasen müssen geschlossen werden.
- Eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Besteuerung und einheitliche Steuersätze sind für die Unternehmensbesteuerung einzuführen.
- Alle Kapitaleinkommen fallen unter die Einkommenssteuer. Die vermögensbezogenen Steuern müssen deutlich angehoben werden.

Die KAB setzt sich weiterhin für die weltweite Besteuerung aller Kapitalflüsse ein.

Gerechter Lohn und Grundeinkommen

Der Druck auf die Erwerbsarbeit steigt in ganz Europa. Der Niedriglohnssektor wird ausgebaut und zementiert. Der Verlust sozialer Sicherheit, sozialen Ausgleichs und sozialer Teilhabe und Teilnahme sind die Folgen.

Die unmittelbaren Rechte der Arbeit werden da verletzt, wo das Erwerbseinkommen für den eigenen Lebensunterhalt und den der Familie nicht ausreicht, wo man das Recht auf Zusammenschluss und kollektive Interessenvertretung und die Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen verhindert und behindert.

Es bedarf einer verbindlichen Umsetzung der Europäischen Sozialcharta:

- Die KAB setzt sich für einen „europäischen Mindestlohn“ ein, der mindestens die Höhe von 50 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohne erreicht. Für Deutschland fordert die KAB einen gesetzlichen Mindestlohn von zur Zeit 8,50 Euro pro Stunde.
- Das Recht auf Chancengleichheit und Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf für Frauen muss eingelöst werden.
- Die betriebliche wie überbetriebliche Mitbestimmung muss ausgebaut werden. Die KAB fordert eine europäische Unternehmensverfassung.
- Besonderes Augenmerk legt die KAB auf die sich ausweitende Kinderarmut, die ein dramatisches Ausmaß erreicht hat und weiter ansteigt. Als einen zentralen Beitrag zur Armutsbekämpfung fordert die KAB ein garantiertes Grundeinkommen in ganz Europa.

Chancengleichheit durch Bildungspolitik

Die soziale Spaltung in Europa wird durch die Bildungspolitik zementiert. Bildungschancen sind in einem unverantwortlichen Maße abhängig von der familiären Herkunft, dem sozialen Status, finanziellen Möglichkeiten. Gesellschaftliche Marginalisierung wird so über Generationen hinweg vererbt.

In der Charta der Europäischen Union heißt es: „Jede Person hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung.“ Bildung ist Bürgerrecht. Die soziale, politische und religiöse Bildung darf dabei nicht ausgeblendet werden.

- Die Bildungspolitik muss die besondere Situation sozial Benachteiligter in den Mittelpunkt stellen.
- Bildungsabschlüsse sind wechselseitig anzuerkennen.
- Lebenslanges Lernen zu ermöglichen, ist eine europaweite öffentliche Aufgabe. Sie muss finanziell angemessen ausgestattet werden.
- Die Weiterbildung von Arbeitnehmern muss gefördert werden, dazu gehört auch die Sprachförderung.